

Wissenschaft strahlt in die Stadt – Die Berliner Hochschulen als wichtiger Wirtschaftsfaktor

Steffen Krach, Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung, Senatskanzlei Berlin

Den Titel dieser Konferenz „Raus aus dem Elfenbeinturm“ verstehe ich als Aufforderung. Zumindest für die Berliner Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen kann ich jedoch bereits jetzt feststellen: Noch nie waren sie gesellschaftlich so vernetzt und wirkten stärker auf das Zusammenleben und Wirtschaften in unserer Stadt ein. Der Elfenbeinturm Universität – sofern es ihn je gegeben hat – ist inzwischen definitiv Geschichte.

Und dieses Wirken der Wissenschaft in die Stadt wird gebraucht. Berlin steht vor großen Herausforderungen, die ohne den Beitrag der Wissenschaft wohl nicht zu lösen sind. Berlin hat bald vier Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Wie können wir diesen Wachstumsprozess mit neuen Konzepten für Mobilität oder eine nachhaltige Stadtentwicklung begleiten? Wie können wir neue medizinische Angebote für eine immer älter werdende Gesellschaft entwickeln? Und wie können wir die veränderte Arbeitswelt durch eine zunehmende Digitalisierung gestalten?

Um diese Fragen zu beantworten, haben wir von Seiten der Politik bereits wichtige Beiträge geleistet und werden dies auch weiterhin tun. Dabei achten wir das hohe Gut der Wissenschaftsfreiheit. Wir nutzen aber die Instrumentarien, die der Politik zur Verfügung stehen, um gemeinsam mit den Hochschulen den gesellschaftlichen Bedarfen gerecht zu werden und auch ihre Vernetzung und Zusammenarbeit mit der Wirtschaft weiter zu stärken.

Die Basis der Wissenschaft ist die Grundfinanzierung. Berlin nimmt in der Hochschulfinanzierung eine Vorreiterrolle ein. Mit den Hochschulverträgen identifizieren Hochschulen und Politik gemeinsam die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedarfe. Für diese Bedarfe müssen Hochschulen als öffentliche Einrichtungen Verantwortung übernehmen. Darunter fällt zum Beispiel die Ausbildung dringend benötigter zusätzlicher Lehrkräfte für die Berliner Schulen, neuer Pflegekräfte, oder Bauingenieure für die Berliner Verwaltung, um mit den Bedarfen der wachsenden Stadt Schritt zu halten. Im Gegenzug stellt das Land seinen elf staatlichen Hochschulen die entsprechenden finanziellen Mittel bereit. Allein in den nächsten fünf Jahren erhöhen wir die Zuwendungen an die staatlichen Hochschulen um jährlich 3,5 Prozent – das sind zusätzlich 650 Millionen Euro bis 2022. Wir müssen zugleich dafür sorgen, dass die Infrastruktur für Lehre und Forschung verbessert wird – hierfür fließen weitere zwei Milliarden Euro in den kommenden zehn Jahren.

Leider mussten wir auch feststellen, was passiert, wenn man im Bereich Wissenschaft und Forschung die Mittel kürzt. Die vergangene Sparpolitik hat dazu geführt, dass wir heute mit den Folgen des Fachkräftemangels – wie zum Beispiel den fehlenden Lehrkräften in Schulen – kämpfen müssen. Eine auskömmliche Finanzierung von Wissenschaft und Forschung ist daher zentral für eine nachhaltige Stadtentwicklung.

„Eine auskömmliche Finanzierung von Wissenschaft und Forschung ist zentral für eine nachhaltige Stadtentwicklung.“

Die Wissenschaftseinrichtungen gehören zu einem der größten Arbeitgeber in Berlin. Wir haben eine unglaubliche Dichte an Hochschulen: elf staatliche Hochschulen, die Charité, 30 private Hochschulen mit 187.000 Studierenden. Hinzu kommen mehr als 80 Forschungseinrichtungen. Über eine Viertelmillion Menschen studieren, lehren, forschen und arbeiten für die Wissenschaft am Standort Berlin.

Der Standort Berlin hat die idealen Voraussetzungen für das, was derzeit unter der sogenannten „Third Mission“ diskutiert wird – ein gegenseitiges Befruchten von Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft. Die Ergebnisse einer neuen Studie der Technologiestiftung Berlin zeigen eindrucksvoll, dass die Berliner Wirtschaft nicht nur selbst überdurchschnittlich viel in Forschung investiert, sondern dass die Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Einrichtungen in unserer Stadt sehr ausgeprägt ist und über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Für eine nachhaltige – und vor allem soziale und ökologische – Stadtentwicklung erarbeiten wir derzeit ein neues Konzept zur Förderung von „Interdisziplinären Forschungsverbänden“. Konkret wird das Land Berlin Mittel bereitstellen, um interdisziplinäre, wissenschaftliche Projekte zu initiieren, die vorrangig Lösungen für stadtbezogene Probleme erarbeiten. Die Festlegung der zu fördernden Themenfelder erfolgt somit durch die Landespolitik, während über die Auswahl der Projekte ein wissenschaftliches Gutachtergremium entscheidet.

Das Landesprogramm soll unter anderem:

- gezielt die in Berlin vorhandene wissenschaftliche Expertise zur Lösung regionaler Problemstellungen sichtbar machen und für die Politikberatung bzw. politische Umsetzung aufarbeiten;
- die Praxisrelevanz der in Berlin vorhandenen wissenschaftlichen Potentiale sowie lokale Netzwerke und Kooperationen stärken;
- Themen auch außerhalb der üblichen Forschungsschwerpunkte und Bundesprogramme adressieren;
- den Dialog der Wissenschaft mit der Stadtgesellschaft ermöglichen und intensivieren.

Antragsberechtigt sind (Nachwuchs-)Wissenschaftler und -Wissenschaftlerinnen aus allen Fachdisziplinen mit institutioneller Anbindung an die staatlichen Hochschulen Berlins und an in Berlin ansässigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Die Forschungsergebnisse und Handlungsempfehlungen sollen nach Abschluss des Vorhabens der Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert werden.

Unsere Hochschulen und Forschungsinstitute sind zudem erfolgreich in der Einwerbung kompetitiver Mittel – eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Swen Schulz im Jahr 2017 zeigte dies deutlich: Nach Angaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) flossen knapp 1,4 Milliarden Euro Bundesmittel für Forschung und Lehre nach Berlin.

Doch gibt es auch in Berlin noch Verbesserungsbedarfe. So waren wir nicht erfolgreich beim Bundesländer-Programm „Innovative Hochschule“, das die Förderung des forschungsbasierten Ideen-, Wissens- und Technologietransfers vorsieht und auf das sich Berliner Fachhochschulen mit einem Verbundantrag beworben hatten. Für die geplante Neueinreichung des Antrages in den Jahren

2021/2022 wird das Land Berlin Mittel in Höhe von 400.000 Euro bereitstellen und eine Evaluation des „Instituts für angewandte Forschung Berlin“ (IFAF) durchführen. Eine entsprechende Fachkommission ist bereits eingeladen. Ich bin mir sicher: Im Hinblick auf die Transfer- und Innovationsmöglichkeiten unserer Fachhochschulen ist noch Luft nach oben.

Wir freuen uns über eine sehr dynamische Wirtschaft mit einer stark wachsenden Start-Up-Szene. Und nicht zuletzt ist Berlin eine internationale Metropole, die attraktiv ist für junge, kreative Menschen aus der Unternehmens- und Wissenschaftsbranche; für Fachkräfte wie Investoren gleichermaßen. Inzwischen kommt jeder dritte in Berlin frisch eingeschriebene Studierende aus dem Ausland. Im internationalen Ranking der weltweit besten Studierendenstädte liegt Berlin auf Platz sieben.

Dieses Potential wollen wir weiter ausbauen und dabei vor allem drei Bereiche in den Blick nehmen.

(1) Zum einen werden wir die Transfer- und Gründungsservices der Hochschulen weiter stärken und noch enger mit Wirtschaftsnetzwerken verbinden. Das fördern wir vor Ort durch den Ausbau der Berliner Zukunftsorte nach dem Vorbild Adlershofs. Die Bedeutung der Hochschulausgründungen für die Berliner Wirtschaft und unseren Arbeitsmarkt lässt sich an einer Gründungsumfrage von 2016 darlegen. Aus Hochschulen in unserer Stadt sind in den letzten Jahren mindestens 650 Start-Ups mit insgesamt 22.000 Beschäftigten entstanden und sie erwirtschafteten Milliardenumsätze. Laut dem Reuters Ranking, das die innovativsten Universitäten in Europa bewertet, gehören die Freie Universität Berlin (FU), die Humboldt-Universität zu Berlin (HU), die Technische Universität Berlin (TU) und die Charité – Universitätsmedizin Berlin zu den TOP 11 in Deutschland und europaweit zu den 50 Besten.

Es gibt viele Bereiche, an denen diese besondere Berliner Dynamik und unsere Unterstützungsanstrengungen verdeutlicht werden können. Ein Beispiel in Berlin hierfür ist das Thema „Grüne Chemie“. Aus dem hochschulübergreifenden Exzellenzcluster UniCat entstehen neue Forschungsansätze für eine nachhaltige Stadt. Um Ausgründungen in diesem Bereich zu unterstützen wurde zu diesem Zweck mit der IHK Berlin ein Pilotprojekt gestartet. Aktuell wird mit Mitteln des Landes Berlin ein Vorgründungszentrum für Grüne Chemie aufgebaut.

Das beste Beispiel für einen synergieträchtigen Technologiestandort ist bisher nach wie vor der Wissenschaftsstandort Adlershof mit seinen zehn universitären Instituten, sechs außeruniversitären Forschungseinrichtungen und zahlreichen Gewerbebetrieben. Er gilt als Prototyp für die Entwicklung weiterer derartiger Orte hier in Berlin, deren aktuelle Zahl von zehn Technologieparks und 13 Gründerzentren schon jetzt sehr beeindruckend ist. Das Erfolgsmodell liegt in der engen Verzahnung wissenschaftlicher Expertise und technologischer Innovation. Solche Wissenschaftsstandorte schaffen durch die zusätzlichen Infrastruktur- und Arbeitsplatzangebote einen positiven Einfluss auf die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort. Durch Wissens- und Technologietransfer lässt sich Wohlstand in Regionen somit ganz konkret steigern. Wissenschaftspolitik ist Regionalentwicklung!

„Wissenschaftspolitik ist Regionalentwicklung!“

Daher ist es für mich auch nicht akzeptabel, dass es ganze Regionen in Deutschland gibt, die von den Bundesgeldern für die Forschung abgeschnitten sind. Denn Regionen, die durch Wissenschaftseinrichtungen geprägt sind, fungieren als Motor gesellschaftlichen Fortschritts; Wissenschaft ist ein klarer Wohlstands- und Wachstumsfaktor. Die Forschungsförderung insgesamt muss daher mutiger werden und sich zudem als Instrument regionaler Entwicklung verstehen.

In die Richtung einer mutigeren Forschungsförderung gehen erfreulicherweise auch die Bestrebungen auf Bundesebene. So halte ich den Anstoß der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anja Karliczek, eine staatlich finanzierte Innovationsagentur für sogenannte „Sprunginnovationen“ zu schaffen, für durchaus interessant. Die Agentur soll dabei mit weitgehenden Freiheitsgraden ausgestattet sein, wobei bei allen Projekten die konkrete Anwendungsfähigkeit – also der Endverbrauchenden – im Mittelpunkt stehen soll. Es wäre aus meiner Sicht zu begrüßen, wenn die Agentur tatsächlich konzeptionell und finanziell so aufgestellt wird, dass sich die damit erhoffte „offene Innovationskultur“ entfalten kann und kreative Forschungsansätze und „Experimentierräume“ im Zusammenspiel von Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft entstehen. So teile ich die Einschätzung, dass wir bei Innovationen mehr Mut zum Risiko aufbringen sollten. Dies ist meines Erachtens auch der Schlüssel zum Erfolg für die Erschließung neuer Geschäftsmodelle und Märkte in Berlin.

Als Vorbild dient uns dabei auch die Ausgründungspolitik in Tel Aviv. Bereits jetzt pflegen wir strategische Partnerschaften zwischen Tel Aviv und Berlin in diesem Bereich. So ist Berlin eine „Modellregion“ innerhalb des EXIST-Programms „Start-Up Germany-Israel“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). Zudem befindet sich ein neues EXIST-Programm gerade in Bearbeitung, das ab 2018/19 mit einem Schwerpunkt auf Internationalisierung starten soll.

(2) Neben derartigen Projekten ist es aber auch wichtig, neue Zukunftsthemen mit großem Potential rechtzeitig zu erkennen und aufzugreifen. Rückblickend auf die letzten beiden Jahre ist uns dies mit der Digitalen Agenda des Regierenden Bürgermeisters und der Einrichtung des „Einstein Center Digital Future“ sehr gut gelungen. Die über Stiftungsprofessuren angesiedelten neuen Forschungsthemen sind dabei sehr breit angelegt und bieten eine hervorragende Grundlage, um interdisziplinäre Forschungsansätze auszuweiten. Auch dafür stellt das Land Berlin zusätzliche Mittel bereit. So wird jeder eingeworbene Euro aus der Wirtschaft vom Land mit 50 Cent bezuschusst.

Und auch das nun in Berlin angesiedelte „Deutsche Internet-Institut“ – das „Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft“ – und die sich formierenden Ideen und Kooperationen im Bereich Künstliche Intelligenz werden für Berlin neue Dynamiken und wirtschaftliche Impulse bringen.

Apropos Digitalisierung: in Berlin sind inzwischen gut 30 Prozent der wissenschaftlichen Publikationen in Fachzeitschriften online frei zugänglich und wir wollen das im Rahmen unserer Open Access Strategie weiter ausbauen. Der offene Austausch von wissenschaftlichen Erkenntnissen in unserer Stadt ist auch ein wichtiger Faktor gerade für kleinere Unternehmen und Start-ups.

(3) Nicht geringer sind die zukünftigen Herausforderungen im Gesundheitsbereich. Auch aufgrund der guten wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen mit der Charité, Vivantes und einem einmaligen Gefüge aus wissenschaftlichen Einrichtungen und innovativen Unternehmen der Gesundheitsbranche wollen wir Berlin bis 2030 zur europäischen Top-Adresse für die medizinische Forschung und Versorgung ausbauen. Dies sichert nicht nur eine forschungsbasierte und zukunftsfähige Krankenversorgung für Patientinnen und Patienten in Berlin. Es generiert zudem etliche Anknüpfungspunkte und Impulse für die Berliner Wirtschaft.

All dies wird – wie die vielen weiteren Themen und Projekte, die uns in Berlin beschäftigen auch – nur gelingen, wenn wir das Zusammenwirken von Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft weiter vorantreiben und keinen der drei Bereiche in seinem Elfenbeinturm zurücklassen.